

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

161 (14.7.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsrufern Abolagen abgeholt 27 M. monatlich. Einzelhefte 1.50 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonetzelle 3.40 M., auswärts 4.—M. Die zweispaltige 15.—M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Um die Stundung der deutschen Zahlungen!

Durch die überfüllten innerpolitischen Vorläufe der letzten Wochen sind die außenpolitischen Ereignisse in der Öffentlichkeit sehr in den Hintergrund getreten und nicht in gebührender Weise gewürdigt worden. Deshalb die Reichsregierung hat hinter den Maßnahmen, die zur Konsolidierung der Innenpolitik notwendig waren, außenpolitische Interessen nicht zurücktreten lassen und ihr Möglichstes getan, um auch in Bezug auf die Reparationsfrage notwendige Veränderungen zu erzielen. Die fortgesetzten Besprechungen von Vertretern der Reichsregierung mit nachgebenden Vertretern der Entente werden vorwiegend über die Wirkung nicht berichten.

Nach geübten Vorbereitungen und Besprechungen im Ausland stellte die deutsche Regierung bekanntlich einen Moratoriumsantrag, der am Dienstag nachmittags die Reparationskommission beschäftigte. Der englische Delegierte Bradburn machte gemäß dem Auftrag seiner Regierung Vorschläge, nach denen Deutschland ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für alle Zahlungen bewilligt werden soll. Auch für die Sachleistungen sind weitgehende Ermäßigungen vorgesehen. Bradburn betonte u. a., daß die Reparationskommission unverzüglich erkennen lassen müsse, daß sie die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen hat, anerkennt und zu einer Hilfsaktion entschlossen ist. Dies müßte dadurch geschehen, daß die Kommission die am 15. Juli fällige Zahlung nicht in Anspruch nähme, sondern sich damit einverstanden erklärt, daß die Summe in der Berliner Reichsbank zur Verfügung der Kommission bereit gehalten wird. Von den Einzelheiten des Bradburnschen Vorschlags ist bemerkenswert, daß Deutschland von dem am 15. Juli fälligen 50 Millionen Goldmark nicht nur die Zahlungen der laufenden 50 Millionen Goldmark für deutsche Kohlen und des amerikanischen Kreditverbandes für deutsche Farbstoffe, sondern auch die Reparationskommission abziehen kann, sobald die Summe, die Deutschland zu zahlen oder zur Verfügung halten soll, nur noch 32 Millionen Goldmark beträgt. Diese vorgeschlagene und angemessene Reduktion der Juli-Rate ist noch am Dienstagabend in später Stunde durch ein offizielles Komunique der Reparationskommission bekannt gemacht worden. Ein offizieller Beschluß der Reparationskommission über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage soll erfolgen, sobald das Garantiefomitee aus Berlin zurückgekehrt ist.

Seitdem hat der Vertreter Frankreichs, Dubois, getreu der bisherigen Haltung der französischen Regierung, bei allen Reparationsbesprechungen seine Stimme nicht für die vorläufige Juli-Stundung gegeben, während die Vertreter aller übrigen Mächte sich der von Bradburn vorgeschlagenen vorläufigen Regelung angeschlossen. Nach der Auffassung, die in den Kreisen des zur Zeit in Berlin weilenden Garantiefomitees vorherrscht, ist dann nur mit der endgültigen Annahme des Bradburnschen Vorschlags, also einem zwei- oder dreijährigen Moratorium, rechnen. Solange ein endgültiger Beschluß über die Stundung nicht gefaßt ist und die Zweifellos hieran zu knüpfenden Bedingungen nicht bekannt sind, erscheint bei der Beurteilung der gesamten Sachlage weitgehende Zurückhaltung angebracht.

Die Antwort der Reparationskommission

Paris, 14. Juli. Die Reparationskommission teilt in ihrer Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 12. Juli mit, sie sei davon überzeugt, daß die Reparationen geleisteten Zahlungen nur ein Teil und nicht die wichtigste Ursache für die gegenwärtige Entwertung der Mark darstelle, und daß endgültig eine dauerhafte Lage nur durch die Zulassung der seit langem geforderten Finanzreformen herbeigeführt werden könne. Die Kommission könne keine Entscheidung treffen, bevor der Bericht des Garantiefomitees über die Anwendung dieser Maßnahmen eingegangen sei. In Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit beabsichtige sie, vor dem 5. August eine Entscheidung zu treffen und diese der deutschen Regierung bekannt zu geben. Die am 15. Juli fällige Zahlung, die auf rund 32 Millionen Goldmark herabgesetzt wurde, müsse am 15. Juli geleistet werden.

Lloyd George für Zahlungsaufschub

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhause, es werde wohlwollend notwendig sein, daß die deutsche Regierung und die anderen Regierungen diese Angelegenheit in ernste Erwägung ziehen und sie untereinander und auch mit der Reparationskommission beraten. Ueber die Haltung der britischen Regierung könne er sagen, daß sie der Ansicht sei, es scheine absolut notwendig, daß Deutschland ein solcher Zahlungsaufschub gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Möglichkeit erlangt, sobald als möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten. Auf eine weitere Anfrage, ob diese Angelegenheit der Behandlung der Reparationskommission entgegen werde, erwidert Lloyd George: „Das habe ich durchaus nicht gesagt“. Auf die Anfrage, warum England immer eine Katastrophe abwarte und keine Schritte unternahme, um einer solchen zuvorkommen, und ob der Ministerpräsident diese Warnung beherzigen wolle, erfolgte keine Antwort. Auf eine weitere Anfrage sagte Lloyd George, er sei nicht der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, die verhängnisvolle Sprengung zwischen ihm und Winckler über den Sturz der Mark und dessen Auswirkung auf das Reparationsproblem aufzuklären.

Paris, 13. Juli. Eine in Paris weilende hochgestellte Persönlichkeit hat einem Vertreter der „New York Herald“ Erklärungen gegeben, in denen gesagt wird: Wir haben absichtlich keine Serabellierung der Sachleistungen gefordert. Wir sind willens, in dieser Beziehung unser Bestes zu tun und vertrauen darauf, daß das Moratorium für die Reparationszahlung des Jahres 1922 und die noch unbestimmten Verzinsungen für 1923 bis 1924 uns dabei unterstützen werden. Wenn, wie wir annehmen, während dieser Frist die Mark wieder einigermaßen stabil gemacht werden kann, so haben wir das Gefühl, daß wir vorwärts kommen können. Natürlich ist der Gedanke einer internationalen Anleihe keineswegs aufgegeben worden.

London, 13. Juli. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß sich die Presse sehr interessiert mit der deutschen Waise beschäftigt. Wincklers Anregung, die deutsche Schuld zu vermindern, wenn England Frankreichs Schuld annulliere, ist als ein Einverständnis dafür anzusehen, daß Deutschlands Verpflichtungen zu hoch bemessen sind. Die öffentliche Meinung in Amerika sei einstimmig der Ansicht, daß die französischen Forderungen an Deutschland herabgesetzt werden müssen.

Die innere Krise

Berlin, 14. Juli. Wie die Blätter mitteilen, ist der Reichspräsident gestern noch nicht nach Berlin zurückgekehrt. Seine Abreise ist vielmehr erst am heutigen Vormittag zu erwarten. Infolgedessen ist auch die Lösung der Spannung gestern im Reichstag noch nicht eingetreten. Die Vertreter der Gewerkschaften erschienen auch gestern wieder zu Besprechungen mit den Führern der beiden sozialistischen Parteien im Reichstag. Noch während der Beratungen des Plenums traten die Vertreter des Zentrums und der Demokraten mit den beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen. Die Besprechungen wurden wegen der Abstimmungen im Plenum abgebrochen werden. Sie werden heute fortgesetzt werden.

Berlin, 13. Juli. Das Verlangen der Gewerkschaften, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, hat nach dem Berliner Tageblatt außerordentlich überhöht. Zentrum und Demokraten sehen darin einen unerträglichen Druck außerparlamentarischer Faktoren auf den Reichstag. Dessen Druck könne unter keinen Umständen nachgegeben werden, da sonst die politischen Konsequenzen unabweisbar wären. Das Ausland würde eine Auflösung des Reichstages gegenwärtig geradezu als vorläufige Lösung begrüßen. Der „Vorwärts“ will das Wort von einer Vorladung der Gewerkschaften oder gar von einer unzulässigen Einmischung nicht gelten lassen. Die Gewerkschaften hätten ein lebhaftes Interesse daran, die in ihnen am stärksten vertretenen politischen Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen und hätten in diesem Sinne lediglich eine vermittelnde Tätigkeit unternommen, die von den beiden sozialistischen Parteien dankbar angenommen worden sei. Schwerste Schädigungen des Volksganges lassen sich nach der Meinung des Blattes nur dann vermeiden, wenn die republikanische Schutzgesetzgebung eine für die beiden sozialdemokratischen Parteien annehmbare Gestalt gewinne und wenn eine entschlossene Regierung garantiert werde, anderenfalls werde nichts anderes übrig bleiben, als die Reichstagsauflösung. — Nach dem „Volkswacht“ ist für morgen vormittag eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses vorgesehen, in der vorwiegend die Frage der Regierungsumbildung entschieden werden wird.

Die Verfolgung der Rathenaumörder

Berlin, 14. Juli. Die Forderung nach den Mördern Rathenaus, Fischer und Kern, hat im Laufe des gestrigen Tages noch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Polizei haben sich als unrichtig erwiesen, auch diejenigen, die nach Deutsches-Deutsche führt. Die zwei dorthin vertriebenen Nachbarn wurden in Ziele festgenommen, konnten sich aber als zwei junge Lehrling aus Tannenberg an der Elbe ausweisen.

Paris, 13. Juli. Wie der Staatsrat für Anhalt mitteilt, befinden sich die beiden flüchtigen Mörder Rathenaus in Anhalt. Die anhaltische Sicherheitspolizei hat umfassende Maßnahmen getroffen, um das Land abzusperren. Das Publikum wird aufgefordert, die Fahndungsarbeit der Behörden nach Möglichkeit zu unterstützen und alle verdächtigen Wahrnehmungen der nächsten Polizeistation zu melden.

Selbsterlöser der Mörder

Berlin, 13. Juli. (Anteil.) Nach den Feststellungen der Berliner politischen Polizei haben sich die beiden noch nicht ergriffenen Mörder des Ministers Dr. Rathenau in der Zeit nach dem Mord an den verschiedenen Orten bei ehemaligen Kameraden oder Bekannten versteckt gehalten. Es ist damit zu rechnen, daß sie auch weiterhin versuchen werden, im Kreise ihrer Anhänger Unterschlupf zu finden. Eine solche Abklärung ebenso wie jede sonstige Unterfütterung bedeutet eine Begünstigung im Sinne des Strafgesetzbuches und zieht schwerste Freiheitsstrafen nach sich. Es wird daher dringend gebittet, den flüchtigen Mörder irgend welchen Bestand zu leisten. In den letzten Tagen hat die Berliner Polizei bereits mehrere Verionen festgenommen, die sich wegen solcher Begünstigung vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden.

Die Haager Konferenz

Auf dem toten Punkt

London, 13. Juli. Anlässlich des drohenden Abbruchs der Haager Konferenz schreiben „Daily News“, dieser Verlauf der Konferenz werde zweifellos von Frankreich als eine recht fertige seiner Haltung in Genoa hingestellt werden. Dies sei aber nicht von Bedeutung. Die wichtigere Frage sei, wie sich im Zukunft das Verhältnis der Westmächte für Rußland gestalten werde. In mancher Hinsicht könne der Beschluß im Haag das Problem eher vereinfachen als komplizieren. Die Hauptschwierigkeit in Genoa und im Haag sei gewesen, Formen für ein Abkommen zu finden, die die Zustimmung sowohl der nicht-russischen wie der russischen Vertreter fänden. Dieses Problem habe sich als unlösbar herausgestellt. Der Weg für Abbrüche von Sonderverträgen mit Rußland ließe nunmehr offen.

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lloyd George, ein offizieller Bericht über den endgültigen Zusammenbruch der Haager Konferenz läge noch nicht vor. Auf jeden Fall sei Tatsache, daß man auf einem toten Punkt angekommen sei.

Schutzgesetz und Regierungsfrage

Die Verwirrung, die heute auf dem Gebiet der inneren Politik herrscht, ist zum Teil auch dadurch hervorgerufen worden, daß zwei Fragen durcheinander geworfen werden, die, wie die Dinge nun einmal liegen, nur hintereinander zu lösen sind. In dem Augenblick, in dem durch die Ermordung Rathenaus und die Aufhebung der geheimen Verbände gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Republik notwendig wurden, waren die Unabhängigen nicht Mitglieder der Regierung. Der Gesetzentwurf müßte also von einem Kabinett der alten Koalition hergeleitet werden. Jetzt handelt es sich zunächst um die Frage, ob es in den Verhandlungen des Reichstages gelingen wird, diesem Entwurf eine solche Fassung zu geben, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in der dritten Lesung ihm zustimmen können. Neben dem eigentlichen Gesetz zum Schutze der Republik spielt das neue Disziplinalgesetz für die Beamten und das Amnestiegesetz eine große politische Rolle. Alle diese drei Gesetze werden nur in ihrem Zusammenhang zu betrachten sein. Je nach ihrer Gesamtgestaltung wird sich auch die Regierungsfrage entscheiden müssen.

Aus dem Zustand, daß in dem letzten Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sich gegen die deutsche Volkspartei wendet, der Eintritt der Unabhängigen in das Reichskabinett nicht ausdrücklich gefordert wurde, haben manche bürgerliche Blätter den vorläufigen Beschluß gezogen, die Sozialdemokratische Partei hätte auf diese Forderung verzichtet. Das ist keineswegs der Fall. Wie jeder sieht, behandelt der Beschluß nicht die Regierungsfrage als Ganzes, sondern nur, und zwar in negativem Sinn, die Frage einer Koalitionsverbreiterung nach rechts. Wenn übrigens in den einleitenden Sätzen von einer republikanischen Regierung gesprochen wird, die allein imstande sei, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, so kann nach allen Vorgängen darunter nichts anderes verstanden sein, als eine Regierung, der auch die Unabhängigen angehören.

Vrennend wird die Frage der Regierungsumbildung also erst, wenn über das Schicksal der Regierungsvorlagen entschieden ist. Sehen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien zum Beschluß genötigt, die Vorlagen in der Gestalt, die sie durch die Beschlässe des Reichstages angenommen haben, abzulehnen, dann ist eine große Regierungskrise und Auflösung des Reichstages unvermeidlich. Gleichgültig, wie das Uebergangsministerium dann aussieht, unter dem die Wahlen vollzogen werden, wird die eigentliche Regierungsfrage erst nach dem Ausfall der Wahlen entschieden werden können.

Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien zum Beschluß zu der Ueberzeugung gelangt, daß die getroffenen geschlichen Maßnahmen zur Not gerade noch ausreichen und deshalb angenommen werden können. Dann wird die Frage der Ausführung entscheidend und damit die Frage, wie die Regierung aussehen soll, die mit der Ausführung betraut wird. Eine Verklärung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichskabinett würde dann den republikanisch gestimmten Arbeitermassen das Vertrauen geben, daß bei der Durchführung der Gesetze geschehen werde, was zum Schutze der Republik notwendig ist. Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei nach dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wird dann mit größter Entschiedenheit geltend gemacht werden.

Von bürgerlicher Seite wird oft gesagt, daß für sie eine Koalition mit den Unabhängigen als einer selbständigen Partei nicht leicht sei. Würden sich die beiden sozialdemokratischen Parteien aber vereinigen, so sei die Lösung von selbst gegeben. Dann sei eben die vereinte Fraktion genau ebenso zu behandeln, wie die bisherige Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Auch wird der Bedanke — nicht nur von den Bürgerlichen — oft erörtert, daß das ganze Koalitionssystem auf sehr zweifelhafter Grundlage beruhe und daß in dem, was man bisher mit einem wenig glücklichen Ausdruck das „Kabinett der Persönlichkeiten“ genannt habe, ein richtiges Prinzip verwirklicht sei. Der Unterschied besteht darin, daß in dem ersten Fall die Regierungsbildung in aller Einzelheiten erst zwischen den Fraktionen ausgehandelt wird, während im zweiten Fall dem Reichskanzler im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten jede Freiheit bleibt, sein Kabinett entsprechend seinem Programm aus den ihm geeignet erscheinenden Personen zusammenzusetzen. Während also im ersten Fall die Tatsache der Regierungsbildung durch die Fraktionen in mühelosen Verhandlungen vollendet wird, wird im zweiten Fall der Reichstag vor die vollendete Tatsache der vollzogenen Regierungsbildung gestellt, wobei ihm natürlich das Recht bleibt, durch Verweigerung seines Vertrauens diese Tatsache sofort wieder aus der Welt zu schaffen.

Manches spricht dafür, daß es dem Zentrum und den Demokraten lieber wäre, durch eine solche freiehändige Umbildung der Regierung vor die vollendete Tatsache des Eintritts der Unabhängigen gestellt zu werden, als daß man ihnen zumutet, in förmlichen Beschlüssen erst ihre feierliche Genehmigung zu erteilen. Hier handelt es sich um Formalitäten, über die sich reden läßt.

Ueber den Weg läßt sich ja überhaupt reden, wenn nur das Ziel fest im Auge behalten wird. Das Ziel ist die Verabschiedung der Schutzgesetz in einer Form, in der sie für die Sozialdemokratische Partei annehmbar sind, und die Verklärung der Regierung im Sinne einer Konzentration der republikanischen Kräfte, d. h. durch den Eintritt der Unabhängigen. Wer sich, wie es ein Teil der bürgerlichen Presse tut, einreden will, die Sozialdemokratische Partei habe dieses Ziel aufgegeben, täuscht nur sich selbst.

Die weiblichen Reichstagsabgeordneten gegen den Brotwucher

Die Liste über die namentliche Abstimmung im Reichstage bei der Getreideumlage zeigt das sehr lehrreiche Ergebnis, daß von einer einzigen Ausnahme abgesehen, sämtliche Frauen des Reichstages gegen die Brotverleerung gestimmt haben. Nicht eine einzige Frau des Zentrums stimmte für den Brotwucher. Auch das einzige weibliche Mitglied der Bayerischen Volkspartei stimmte gegen ihre Fraktion. Die deutschnationale Abgeordnete Frau Behm, eine bekannte Führerin der Heimarbeit und andere ihrer Kolleginnen der Reichsparteien blieben der Sitzung fern. Die einzige weibliche Abgeordnete, die den traurigen Mut fand, für den Brotwucher einzutreten, ist die deutschnationale Abgeordnete Frau Hoffmann (Wochum), die sich schon wiederholt im Reichstage durch das Gegenteil von Intelligenz bemerkbar machte. Sie ist die Nachfolgerin Clemens Delbrücks. Als sie gewähnt war, verkündete die „Voss. Ztg.“ diesen Gewinn mit: „Die Rächte auf der Riste“.

Aus der Kübergrube

Unser Parteiblatt in Moskau veröffentlicht ein Rundschreiben, das in der Wohnung des der Mitwirkerschaft beschuldigten und bereits in Schwerin verhafteten Mitgliedes des deutsch-sozialistischen Schutz- und Trutzbundes Erich Bode gefunden wurde. Bode händigte den Ratzenauern bekanntlich die Maschinenpistole wenige Tage vor dem Mord aus. Das gute Gewissen des Mörders wird illustriert durch den Briefkopf, der lautet: „Nach dem Lesen vernichten! Streng vertraulich!“

Nach längeren Erwägungen, daß es einen Vernichtungskampf gegen die Juden gelte, bei dem „der eine die Mittel zum Kampf stellen, der andere Leib und Leben opfern müsse“, gibt das Rundschreiben folgende interessante Zusammenhänge bekannt:

„Uns angehängt und aus dem Trutzbund herbeorgegangen ist der Vns. (Verband national gesinnter Soldaten) und der N.D.D. (Nationalverband Deutscher Offiziere). Ihnen sowie insbesondere Angehörige der Brigade Ehrhardt ist jede erdenkliche Hilfe zu leisten.“

Die Brigade Ehrhardt ist bekanntlich jetzt die Organisation C. Durch die vorstehenden Sätze ist die Verbindung zwischen der Organisation C, dem deutsch-sozialistischen Schutz- und Trutzbund, dem Verband national gesinnter Soldaten und dem Nationalverband deutscher Offiziere unübersehbare festgestellt. Weiter enthält das Rundschreiben folgende Anweisung:

„Jede Ortsgruppe hat ihre Jugendgruppe. Sie wird mit nicht verbotenen Karabinern ausgerüstet und in Geländebewegungen zu Felderproben Mannern erzogen. Gegebenenfalls müssen die umliegenden Güter des Waffenbesitzes wegen um Jagderlaubnis angegangen werden.“

Wir bitten bei dieser Gelegenheit um die Abgabe von Handfeuerwaffen, alten Fahrradern, Büchern daterländischen Inhalts usw. Annahmestelle für alle Sendungen ist der Hauptort in Schwerin-Mecklenburg, Schließfach 23 (Wohnung: Alexandrinastraße 41).

(Eigene Sache, nicht Bundesangelegenheit: Tatkräftig entschlossene Leute wollen sich bei mir in Schwerin jetzt bereits gelegentlich melden, versehen mit einem Empfehlungsschreiben des Empfängers dieses Schreibens.)

Dieses Rundschreiben ist unterzeichnet von Erich Bode, ehrenamtlicher Hauptort des Schutz- und Trutzbundes Schwerin in Mecklenburg; Gustav Ritter, Fabrikbesitzer in Grabow; H. Strube, Telegraphendirektor, Rostock; R. Stäter, Inspektor, Rostock; H. Meland, Hofbesitzer, Larnow. Dieses Schreiben sollte eigentlich genügen, um die ganze Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Soziale Rundschau

Kassiere eines Krankenrente-Bezirkers

Aus Das wird uns geschrieben: Kürzlich wurde die Krankenkasse erhöht und trotzdem ist die Unterfertigung noch viel zu gering. Aber noch schlimmer daran sind die Bezüher von Krankenrente. So erhält Kassiere dieser Stellen ganze 97.80 M pro Monat Krankenrente. Daß unter diesen Umständen ein Kranker zur Verweigerung getrieben werden kann, ist nur zu begreiflich. Auch die Erledigung der Besuche geht viel zu lang, größtenteils 12-13 Wochen. Wovon der Kranke in der Zwi-

schengeit leben soll, darum kümmert sich niemand, denn man muß doch berücksichtigen, daß nach Unabwendlicher Krankheit ein Arbeiter keine Geldmittel mehr hat. Abhilfe dieser Mißstände tut not, ja dringend not!

Die sozialpolitischen Richtungen. Angesichts der heutigen teuren Lebenspreise, die es garkreichen Preisen unmöglich machen, sich Originalwerke anzuschaffen, verdient die in der G. Braun'schen Druckerei in Karlsruhe erschienene Sammlung „Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, herausgegeben von Karl Diehl und Paul Romert“, starkes Interesse. Den bisher erschienenen Bänden schloß sich vor kurzem ein weiterer Band „Grundzüge der Besteuerung“ an, in dem die bedeutendsten Vertreter der verschiedensten sozialpolitischen Richtungen, Schlotwein, Marcks, Mill, Thiers, Wagner, Durm usw. kurz zu Wort kamen. Als neueste Fortsetzung der Sammlung ist nunmehr dieser Tage ein Band „Sozialpolitik“ herausgekommen, der an Hand von kurzen Auszügen aus Originalwerken die wichtigsten Richtungen der sozialpolitischen Ökonomie, des Vereins für Sozialpolitik, der zeitlich-sozialen Bewegung zur Sozialpolitik wird zur Kenntnis gebracht; von Wocanag und Engels, Brentano und Lillie liegen ausgedehnte Auszügen vor, so daß keine Tendenz unvertreten ist. Wer sich volkswirtschaftlich und sozialpolitisch orientieren will, findet deshalb hier vorzügliches Material.

Der Badische Blindenverein. Seitens des Badischen Blindenvereins ist vor Kurzem der Reichsausschuss für das Jahr 1923 herausgegeben worden. In dem wird vor allem auf die Errichtung eines Blindenberufungsheimes im Dorfe Badisch Ansbach im Schwarzwald hingewiesen, das im Juni d. J. seiner Bestimmung übergeben wurde und bereits im vorigen Sommer rund 100 Schulungsgäste beherbergte. In einer Reihe gewerblicher Betriebe konnten im Rechnungsjahre die Arbeiter untergebracht werden, mit deren Leistungen die Betriebsleitungen in jedem Falle durchaus zufrieden waren. Besonders die Mannheimer Holzschuhfabrik hat sich durch die dortigen Blinden sehr verdient gemacht. Der Ortskomitee sind 230 lebende Einzelmitglieder, 1370 Gemeinder und 201 Frauenvereine. Das Blindenheim wies am 1. Januar d. J. 82 Insassen auf, darunter 2 Kriegsblinde. Der Verein hat natürlich in dieser Zeit mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen und spricht daher am Schluß des Berichtes den Wunsch aus, auch weiterhin dem Werke der Blindenfürsorge lebhaftes Interesse zuzuwenden.

Gewerkschaftliches

Neue Lohnregelung im Buchdruckerverbe

Der in Leipzig zusammengetretene Ausschuss des Tarifrats der Buchdrucker hat den Vergleichsvorschlag auf außerordentliche Lohnerhöhung genehmigt. Am 16. August wird der Ausschuss behufs weiterer Regelung der Löhne erneut zusammengetreten.

Eine internationale Konferenz

Ein Eisenbahner schreibt uns: Am Sonntag, 9. Juli, fand eine öffentliche Eisenbahnerversammlung in Rahr-Dinglingen statt, die vom Deutschen Eisenbahnerverband, auf Wunsch einiger Eisenbahner, einberufen wurde. Die Versammlung war so interesselos, daß ich, als namentliches Mitglied des D.E.V., doch anders Eisenbahner, besonders die der deutschen Organisation, seitdem aus Karlsruhe und der Ortskomitee Müller von Offenbach und von der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (früher Badischer Eisenbahnerverband) der für den Bezirk zuständigen Sekretär Maurer erschienen. Der Bezirkssekretär des D.E.V. berichtete über Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, ebenso über „Die Ziele des D.E.V.“. Seine Ausführungen waren, man muß es gestehen, rein sachlich und in keiner Weise gehässig gegenüber den anderen Verbänden. Und weil sie dies waren, erfolgten Zwischenrufe von diejenigen Kollegen geachtet, welche die Veranstalter der Versammlung waren. Sekretär Maurer vom Badischen Verband („christliche“ Richtung) konnte auch an dem Defizit nichts aufweisen, mußte aber Agitationsstoff haben, damit er keines seiner getreuen Schäflein verliert und betrat das politische Gebiet. Da fragte er Steine auf die bösen Sagen, wie konnten diese sich erlauben, zum D.E.V. zu gehen, denn dort werde Parteipolitik betrieben, beim Streik sei die rote Fahne, in Offenbach sogar mit dem Sowjetern, vorausgesetzt worden. In solch einem Verband, dessen politische Mitglieder in Singen den Menschenmord begangen haben, könnten doch nicht die friedlichen Eisenbahner des Badischen Verbandes von Rahr-Dinglingen gehen. Alles Mögliche wurde ins Feld geführt, um keine gewerkschaftlichen Gründe werden angegeben. Das Interessanteste war aber, daß

Herr Maurer sagte, wenn er gewußt hätte, daß die Streikzeit bezahlt werde, hätte er selbstredend keine Rede aufgeführt, mitzufahren. (Schöne Ideale!) Diese Äußerung hat er zwar hinterher, als sie ihm entgegengelaufen wurde, wieder anders gebietet. Das Schöne war aber das, rebete jemand für den D.E.V., der wurde überbält, die Offizier wurden auf die Tische geschlagen, mit den Füßen getrammet usw. Ja, ein ganz junger Herr sagte: „Was wollt denn Ihr Sagen, teilen wollt Ihr und wenn heute geteilt wird, verkauft Ihr es morgen und übermorgen habt Ihr nichts mehr!“

Der Ortskomitee Müller des D.E.V. kam ebenfalls kaum zu Wort; natürlich wer es wagt, Aufführung zu bringen, der muß fort, darum auch der Ruf: „Ruhet heim, wir wollen nicht wissen!“ Doch die Vertreter des D.E.V. bewahrten eisernen Ruhe. Herr Maurer vom badischen Verband ermahnte dann abzustimmen, ob der Bezirkssekretär des D.E.V., als Referent, das Schlußwort noch erhalten solle, besser sei, alles verlasse dem Saal. Dem Referenten gelang es aber, noch einige Erweiterungen auf die Angriffe von Maurer zu machen und schließlich meldeten sich sofort zehn Kollegen als Mitglieder zum D.E.V.

Nur dem ungewerkschaftlichen Verhalten des Herrn Maurer ist es zuzuschreiben, daß diese Kollegen von seinem Verband weggingen. Er ist durch sein Benehmen sozusagen, ohne daß er es will, Katalysator für den D.E.V. Ich verheißte den Jörn des „christlichen“ Verbandes, denn wie ich in Erfahrung brachte, haben ihm vor Kurzem 30 Mitglieder von Mühl und 45 von Offenbach den Rücken gelockt.

Offenbach kommen die vertriebenen Kollegen bald wieder und lären die Kollegen der Gegend vollends darüber auf, was eine Gewerkschaft ist, denn es ist nötig, zumal, was nicht bezogen werden darf, ein Verammlungsmitglied rief: er gäbe sofort seinen Kopf darunt, wenn es keine Gewerkschaften mehr gäbe.“

Zum Kampf der Textilarbeiter

Eine Verhandlungsumwidmung

Das reaktionäre Unternehmertum in der Textilindustrie will die Arbeiterkraft im Kampf niederringen. Die vom Arbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen, die am 6. Juli ihren Abschluß fanden, sind ergebnislos verlaufen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß in der ganzen langen Sitzung von den Unternehmern nicht ein einziger Vorschlag zur Verhandlung gemacht worden ist. Und mit gütlicher Offenheit erklärte einer der Fabrikanten aus Bielefeld ausdrücklich am Ende der Verhandlungen, daß von Seiten der Arbeitergeber irgendein Vorschlag nicht gemacht worden wäre. Die ganze Verhandlung war also lediglich eine Komödie.

Die Arbeitervertreter erklärten einmütig ihre Zustimmung im Falle wirtschaftlicher Notwendigkeit, dem einzelnen Betrieb Lieferungen zu bewilligen. Sie verlangten nur, daß sie entsprechend dem § 78 des Betriebsrätegesetzes bei Einleitung der Lieferungen ein Prüfungs- und Mitwirkungsrecht der gewerkschaftlich vorgeordneten Arbeitervertretung zugebilligt erhalten. Sie willigten weiter ein, daß, falls eine Verhandlung zwischen Unternehmern und Betriebsvertretung nicht aufstehen kommt, die tariflich festgelegte Schlichtungsstelle endgültig entscheiden soll. Die Unternehmern lehnten rundweg alles ab. Sie verlangten, daß die Arbeiter Lieferungen machen, sobald die Anordnung von Seiten der Unternehmern erfolgt. Die 46 Stundenwoche wurde von den Textilarbeitern unmissbar im Anschluß an die Robenther-Resolutionen erklärt. Seitdem sind 3 1/2 Jahre vergangen. Die politische Reaktion ist außerordentlich erbittert und das Unternehmertum glaubt, die Ertragssteigerer der Robenther-Resolutionen zu können. Die Textilindustriellen gehören politisch als Angehörige der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Partei zu den reaktionär rüchsten Elementen. Aus ihrem Verhalten muß die Arbeiterkraft erkennen, daß hier nur ein einziges und entschlossenes Handeln jugeländliche ergebnisse kann. Zur Laufe der nächsten Woche wird das Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsgericht einlegen. Ob der Deutsche Textilarbeiterverband an diesem Schlichtungsgericht teilnimmt, ist angehängt der in Sachen der Arbeitsfähigkeitsstellung des Arbeitsministeriums noch sehr fraglich. Jedenfalls dürfte in den nächsten 2-3 Wochen der Streit um die 46-Stundenwoche in der Textilindustrie ausbrechen. Wägen deshalb die Textilarbeiter bereits auf Stärkung ihrer Kräfte bedacht sein und die seit dem 23. Juni 1923 eingeleiteten Doppelstreiks untergeordnet lassen. Die Textilarbeiterkraft hat ihre Schicksal selbst in der Hand. Wer die doppelte Beitragszahlung verweigert, verleiht seine Wille gegen den Verband und verflüchtigt sich an der Textilarbeiterkraft und an seiner eigenen Familie.

Eine internationale Konferenz der Innenschnitter und Oasenarbeiter des Rheins, einberufen vom Deutschen Reichsverband, tagte am 2. Juli in Frankfurt a. M. Vertreten waren Deutschland, Belgien und Holland. Die Konferenz hatte wichtige Tariffragen zu behandeln. Eine der Hauptfragen war das Beladen und Löschen der holländischen und belgischen Güterboote

Hinter Pflug und Schraubstock

Alles aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

Von Max E. H. (Fortsetzung.)

Der Kapitän streckte jetzt den Kopf aus dem Schalter, um mich deutlicher zu sehen. Solche Leute waren ihm noch nie vorgekommen. Er hatte sichtlich begriffen und wurde freundlich.

„Nanu!“ sagte ich fast schmeichelnd, indem ich einmündwangsigen Franken aus das Holzbrett legte.

„Ja, lieber Freund“, sagte er nach einer langen Pause, in der er mich vollständig eingeschaut hatte, langsam und sichtlich bemüht, verstanden zu werden. „Wir verkaufen hier keine Billette für die Fahrt von Antwerpen nach London. Da müssen Sie wieder nach Antwerpen fahren, und ich glaube, es wäre für Sie das Beste. Oder wenn Sie mit dem Kapitän des Schiffes sprechen wollten; vielleicht nimmt der Ihr Geld. Hier können wir's nicht brauchen.“

„Aber der Teufel! Wo finde ich den Kapitän in dieser großen Stadt?“ rief ich erregt.

„Sie brauchen nicht zu suchen, waderer junger Mann“, antwortete der Kapitän, sanft den Kopf schüttelnd: „Sie sind eine Wohlwirdigkeit. Wenn ich Zeit hätte, würde ich Ihnen jauchsen helfen. Ja, wo ist Kapitän Brown?“

„Er sitzt drüben im „Goldenen Drachen!““ piepste eine dünne Jungenstimme aus einer Ecke des Bureaus.

„Haben Sie's gehört? Haben Sie verstanden? Drüben über der Straße! Unmittelbar über der Straße! Im „Goldenen Drachen.“ Wovon wird Ihr Geld schon nehmen, wenn Sie ihn zu sprechen. Abteil!“

„Oh danke dem drachen Herrn in unartikulierten Lauten und fand mich erschröck über die Straße in die düstere Schenkstube des „Goldenen Drachen.“ Ein alger Schenkwirt trunkte auch sie in zwei Hälften. Auf der einen Seite, deren Fenstergrund, halb Keller, halb Apotheke, mit einem romantischen Aufbau von Säulen und Klagen geziert war, befanden sich sechs elegant geputzte Damen mit aristokratischen Zügen, die sich bemühten, vierundzwanzig weniger elegante Gäste auf der anderen Seite feucht zu erhalten. Und hier brannte Gas. Alles stand, alles schwabte, lachte und trank; schwarze, braune und goldgelbe Biere, wunderliche Weine, heiße und kalte gebremte Wasser aller Art, aus denen die Damen mit großer Behendigkeit dampfende Ge-

mische brauten. Und alles war für mich neu, fremd, unheimlich. Hier galt es nun, Kapitän Brown zu finden, dessen Bild, wenn ich es je aufgeschaut hätte, mir in den Tiefen der Seelentiefe völlig entschwunden war. Ich beobachtete eine Zeitlang meine Umgebung und entdeckte nichts Ermutigendes; rote Wäfen, triefende Augen, schwebend halb betrunzene Wirtinnen, ein paar ältere Damen von ungewisserer sozialer Stellung, ein paar ältere anständig aussehende Herren, die herbeizuhören, noch und stumm ein Glas leerten und wieder an den Wirtinnen heranzuziehen. Meine Beobachtungen führten zu keinem Ergebnis. Es mußte etwas geschehen. Ich stellte mich an den Schenkwirt, sah mich um, wie wenn ich die ganze Gesellschaft ferhalten wollte, und rief laut: „Kapitän Brown! Kapitän Brown!“

Mein Nachbar, ein kleiner, dicker Mann mit Pfeifenstutzen an seiner Nase, die aus dem Fell eines unbekanntem wilden Tieres gemacht zu sein schien, drehte sich langsam um.

„Ich bin Kapitän Brown. Was wollen Sie von mir?“

„Vittorial! Aber jetzt geht es wieder, sprachlich zu glängen. Die ganze Schenke lautete gespannt.“

„Ich begahnen wollen Willet Antwerpen-London; schicken Schilling sechs Pence!“ begann ich entschlossen. „Zweite Klasse. Verziehen Sie?“

„Ich bin nicht der Purser!“ sagte der kleine Mann, mit düster werdender Miene. „Da müssen Sie ins Bureau hinauf. Dort sitzt das Federwort.“ Der dritte Schalter rechts! Fragen Sie nach Mister Whitley.“

„Aber ich tue kommen von Mister Whitley“, erklärte ich. „Ich tue wünschen sprechen mit Sie, Kapitän Brown, nicht habend besaßt meine Passage.“

Nach einer Viertelstunde harter Arbeit, an der sich der größere Teil der Gesellschaft beteiligte, verstanden wir uns; aber der Schweiß stand mir auf der Stirn.

„Well“, sagte der Kapitän, „Sie sind ein Kuriosität. Wenn Sie mit General wollen: her mit dem Geld!“ Man muß die Ehrlichkeit bei diesen Ausstellungen ermutigen.“

Er reichte meine einmündwangsigen Franken mit wohlwollendem Lachen und unversehen in die offene Tasche und schüttelte mir die Hand. „Was wollen Sie nehmen? Ein Glas Me? Einen Schern? Hallo, Junger!“ Der Kapitän schien plötzlich von Fremden umringt zu sein. „Was wollt ihr nehmen? Brand? Whisky? Me, Porter, Stout? Jeder nach Belieben: ich bezahle. Wir trinken auf die Gesundheit dieses Gentlemen, meines Freundes, Mister Dinotda. Wie heißen Sie?“

Sie begrüßten mich alle freundlich. Der Kapitän erzählte sechs mal hintereinander eine prächtige sprachliche Übung mit losen Reden Repetitionen für mich — wie er seinen neuen Freund gewonnen habe. Sie begrüßten mich aufs neue mit allen Zeichen wohlwollender Herablassung und erzählten sich untereinander, wie Kapitän Brown zu seinen neuen Freund gekommen war. Die feinste der Damen hinter dem Schenkwirt wuschelte das Jwaangfrankentid in ehrliches englisches Geld um. Wer beim ersten Umtrauf Bier bekommen hatte, nahm beim zweiten ein Glas Whisky und umgedreht. Ich selbst wollte heute nicht schon wieder und so früh am Tag Me trinken. Es war mir von Antwerpen her nach zu wohl in Erinnerung. Ich wollte Scherry. Es war jedenfalls ein nationales Getränk der Engländer, und die Feinen Weinlängschen, die hier für üblich sind, haben ein Experiment leichter auszuführen und gefährlicher erscheinen. Der Kapitän zahlte alles aus der Tasche, in der sich mein Überfahrtsgeid befand. „Er duhete keine Einrede.“

„Alo nochmals und zum Schluß, meine Herren“, rief er, „auf die Gesundheit dieses Gentlemen. Ein christlicher, rarer Duldsam, oder was er sonst sein mag! Gipp gipp hurra!“

„Sie wollten mir offenbar alle Ihre antun. Wir tranken Wirtschälleten uns die Hände; es wurde fast eine Wirtschälleten berung daraus; selbst ein Chinese beteiligte sich schmunzelnd daran sollte ich mich freuen.“ Sie meinten es sichtlich alle herzlich gut. Mein Scherry hatte eine auffallende Behendigkeit in dem Meßdas mir noch von Antwerpen her in freundlicher Erinnerung lag. Es war nicht ganz dasselbe, oder, mehrwundig ähnlich.

Dann trennten wir uns. Der Kapitän begleitete mich bis unter die Leuchte und verabschiedete mich wiederholt seiner unbedingten Hochachtung. Ich hatte in dieser Stunde einen Freund fürs Leben gewonnen, das ich erst zwölf Jahre später an der Spitze von Peru verlassen sollte.

Requigny feuerte ich wieder dem stillen Middleton Square zu. Meine erste englische Expedition war glänzend gelungen und erfüllte mich mit freudiger Hoffnung für die Zukunft. Wäre ich jetzt einen Lebensplan für die nächsten Wochen schickte. Ich wollte ruhig in der grünen Casa sitzen bleiben und zunächst mein Englisch etwas mehr den Verkehrsmitteln anpassen, die mich umgaben. Drei Wochen konnten hierbei nicht wohl möglich verpausdet werden. Dann oder jenseits, in bitterem Ernst!

(Fortsetzung folgt.)

Während in den deutschen Tarifverträgen festgelegt ist, daß die Schiffsmanufaktur in den gebräuchlichsten Ausnahmefällen vertriehen darf, gehört auf den holländischen und belgischen Güterbooten das Laden und Befahren zu den Arbeiten des Schiffspersonals. Dadurch wird die Tarifpolitik der deutschen Arbeiter ideell und materiell geschädigt. Nach einer ausgiebigen Debatte, in der besonders die belgischen Vertreter die strenge Organisation der deutschen Berufskollegen anerkannten und sich über das unsozialistische Verhalten der belgischen Gewerkschaften, fand eine einstimmige Annahme, in der an die holländischen und belgischen Arbeitgeber erneut die Forderungen gerichtet werden, das Personal der Güterboote von der Arbeit an der Ladung zu befreien. Im Falle, daß diese berechtigten Forderungen nicht anerkannt werden, und sich zur Durchführung derselben die Notwendigkeit einer einseitigen Aktion ergibt, verpflichten sich die deutschen Binnenfahrer und Hafenarbeiter, keine holländischen und belgischen Güterboote zu laden, zu löschen oder zu befrachten.

Die Konferenz nahm zu der Klagenfrage auf dem Rheinstrom eine einstimmige Entscheidung an, wonach die Konferenz beschließt, alle deutschen Fahrzeuge, welche die schwarz-weiß-rote Flagge ohne die schwarz-rot-goldene Aufsicht führen, weder zu verschleppen, noch zu laden, zu löschen oder zu befrachten. Die Unternehmen müssen angewiesen werden, auf allen deutschen Fahrzeugen die republikanische Flagge zu führen.

Badische Politik

Vom Landtag

Der Landtag ist nunmehr in seine letzte Arbeitstätigkeit vor den Sommerferien eingetreten. Die letzten Wochen galten der Beratung des Voranschlags des Arbeitsministeriums, wobei sich zeigte, daß sowohl die soziale Fürsorge, wie die öffentlichen Arbeiten in der Hand des Arbeitsministers Genossen Dr. Engler, der sich allgemeinen Vertrauens und weitestgehender Anerkennung rühmen kann, in besten Händen ist. Damit ist die Beratung des Staatsvoranschlags zu Ende gegangen, dem allerdings baldigt ein Nachtragsetat folgen wird. In der Hauptsache werden vor den Sommerferien außer einigen dringenden Gesetzen noch verschiedene Interpellationen und Anträge zu erledigen sein. Angesichts der Unberechenbarkeit der unversiegbaren Redebühne läßt sich heute noch nicht genau sagen, wann Ferienbeginn ist.

Die Sicherung der Obsterte 1922 für die Volksernährung

Die weltlichen Abgeordneten sämtlicher Parteien haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten beantragen, daß die von 25 Organisationen unterzeichnete Eingabe: Die Sicherung der Obsterte 1922 für die Volksernährung betr., in sofortiger Behandlung und Bearbeitung genommen wird.

Im Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung berichtete Frau Abg. Strauß über vorliegende Eingabe und wies auf die Interzession hin, die wirtschaftlichen, religiösen und öffentlichen Vereinen angehört. Sie gab Kenntnis von der Stellungnahme der Regierung hierzu, die gemäß sei, folgende Verordnung, auf die bereits verwiesen, zu erlassen:

Verbot der Verarbeitung von Obst und Obstzeugnissen zu Branntwein.

Auf Grund des Artikels 2 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verordnungsgebung vom 16. April 1921 (RStBl. 488) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft verordnet:

§ 1. Obst- und Obstzeugnisse aller Art dürfen zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden. Auch das Einschlagen zum Zwecke der Branntweinerstellung ist verboten.

§ 2. Brennribsen dürfen mit Genehmigung des Bezirksamts zur Branntweinerstellung verwendet werden. Als Brennribsen gelten solche Ribsen, die sich zum Genuß in reiner Form eignen und herkömmlich in ihrem Erzeugungsgebiet ausschließlich zur Branntweinerstellung verwendet werden.

§ 3. Weitere Ausnahmen von dem Verbot der Herstellung von Branntwein kann die Landesverwaltungsstelle zulassen, wenn es sich um Obst, Obstzeugnisse und Rückstände von Obst handelt, die zum menschlichen Genuß untauglich sind und wegen ihrer Beschaffenheit oder aus anderen Gründen zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden können.

§ 4. Als Obst im Sinne dieser Verfügung gelten auch alle Arten von Beeren, als Branntwein auch Säure.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M bestraft.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Der Minister des Innern bedauert, daß gerade in Baden als größtes Lebensmittel für Obst eine solche Verordnung notwendig sei und bei uns die höchsten Preise für Ribsen gezahlt werden müssen. Das Reich sollte vorgehen. Wirtschaftsminister habe bereits ein Brennverbot erlassen; für die Ribsen sei es noch nicht zu spät.

In der Debatte sprachen ausgiebig Vertreter aller Parteien. Besonders ein sozialistischer Vertreter setzte sich energig für den Erfolg obiger Verordnung ein. Es sei ein Skandal, daß wir in Baden die höchsten Preise für Ribsen zahlen müssen, während man in Norddeutschland nur die Hälfte entrichtet. Die Sozialdemokratie stimmt selbstverständlich ebenfalls der Verordnung zu; sie hätte schon früher kommen sollen. Die gegenwärtigen Preise seien ein unhaltbarer Zustand. Sie stellte den Antrag, daß die Geldstrafen bis zu 10000 M gestrichelt werden können. So lange man für die sogenannten Ribsen aus 10-12 M pro Pfund bezahlt, weil diese ins Freie wandern, werde es nicht besser. Man solle auch den Wischenhandel ausschalten. Deutschland sei ein demokratisches Land, man solle nicht nach dem Beispiel der USA gehen, weil wir noch immer gerade deswegen keine Anleihe gewähren, weil wir noch immer viel höher konsumieren würden. Der § 2 der Vorlage sei aber bereits überholt. Vertreter des Landbundes wies auf die hohen Preise hin, die das Obst ebenfalls verteuern; hier müßte Handel geschaffen werden. Die Verordnung bringe Schwierigkeiten.

Ein Zentrumsvertreter beantragt die Einsetzung der Bestimmung: Fallobst und Kreter fallen nicht unter die Verordnung. Diese Bestimmung müßte unbedingt hinein, damit die Obstbauern nicht großen Schaden leiden. Ein weiterer Zentrumsvertreter hat große Bedenken gegen die Verordnung; wir schaffen dadurch Ausnahmen und unser Obst geht zum Land hinaus. Zwei Vertreter dieser Partei weisen nach auf den Wischenhandel hin und halten ein Eingreifen gegen gewählte Handelsverhältnisse für notwendig. Zu einer Abstimmung kam es nicht, da die Fraktionen die Verordnung durchsprechen wollen und der Ausschuss für Rechtspflege sich dann am Donnerstag abend über sie schlüssig machen will. Die Aussprache wurde in ziemlich festigem Tone geführt.

Aus dem Landtage

Die Versicherung der Rindviehbestände. Der Wert der staatlichen Viehverversicherung wird noch immer nicht von allen Viehhältern anerkannt. Nur 80 Proz. des gesamten Rindviehbestandes des badischen Landes waren im Jahre 1921 in der staatlichen Viehverversicherung versichert. Der Staatszuschuß betrug 1919 260 500 M, 1920/21 aber 1 158 200 M. Die Regierung beantragte nun in einem kurzen Gesetzentwurf: „Wenn in einem Vertragsjahr die auf je 100 M Versicherungswert entfallende Verbandszulage 40 Pfennig übersteigt, wird der übersteigende Teil bis zum Höchstbetrag von durchschnittlich 12 M für ein versichertes Tier aus der Staatskasse geteilt. Erstmals bei der Berechnung der Verbandsbeiträge für das Vertragsjahr 1922/23 findet die neue Bestimmung Anwendung.“

Der Rechtsplegeausschuss befaßte sich am Dienstag mit der Vorlage. Der Berichterstatter Sad (Ztr.) empfahl Annahme derselben. Der Minister des Innern erklärte, der Gesetzentwurf trage lediglich der Geldverwertung Rechnung. Früher habe man 20 Pfennig erhoben. Die Grenze nach oben ist nur für abnorme Jahre gedacht. Die Landwirtschaft könne mit dem Voranschlag zufrieden sein. Ein Landbauvertreter beantragte die Festsetzung der Umlage auf 30 Pfennig, sonst sei die Vorlage für ihn unannehmbar. Die Sozialdemokratie erklärte sich für den Entwurf, aber gegen den Landbundesentwurf. Die Mehrheit erließ den Bescheid für ihre sozialistischen Forderungen, mit wenigen Ausnahmen, auch keine Staatszuschüsse. Die jetzt hier vorgeschlagenen von 145 auf 220 Proz. und trotzdem sei der Landbundesvertreter nicht einmal für 40 Pfennig Umlage zu haben; das sei hart. Ein demokratischer Redner bemerkte, daß das Gesetz einen Kompromiß enthalte, er stimme dafür. Auch der sozialliberale Redner stimmt zu; die Landwirtschaft sei in der Lage, die 40 Pf. zu bezahlen. Ein Zentrumsvorredner erklärte, man muß für die 40 Pf. eintreten, damit die staatliche Viehverversicherung überhaupt gehalten werden kann. Die Vorteile derselben sollte man den Landwirten immer vor Augen halten.

Die Abstimmung ergab die Zustimmung sämtlicher Parteien mit Ausnahme der zwei Landbundesvertreter, die sich der Stimme enthielten. Am Freitag auf 30 Pf. Umlage wurde mit allen gegen ihre Stimmen abgelehnt.

Das Viehschlachtereinrichtungsgesetz muß begreiflicherweise auch geändert werden. In § 11 Abs. 1 deselben ist vorgeschrieben, daß Pferdebesitzer, welche für ihre Tiere eine höhere Entschädigung als 1000 M in Anspruch zu nehmen beabsichtigen, diese Tiere als Vieh bei der Verwaltungsbehörde anmelden müssen, damit die Staatskasse zur Verteilung des für solche Pferde erwachsenen Aufwandes Mitbestimmungen nehmen kann. Dieser Betrag ist durch Beschluß des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung auf 50 000 M erhöht worden, wie der Berichterstatter Abg. Sad (Ztr.) vorbrachte. Die Regierung hatte 30 000 M, der Landbund aber 100 000 M beantragt. Weiter wurde in dem Antrag des Landbundes die Regierung ersucht, die Frage zu prüfen, ob die Aufnahme der anstehenden Futurum der Pferde als dazugehörige und entschädigungsberechtigte Tierklasse in das Gesetz möglich ist. Der Regierungsvorredner erklärte, die Prüfung sei in vollem Gange. Das Reich müßte hier eingreifen; zur Erreichung der Blutnorm seien in den Reichsteil 100 000 M eingestellt. Dieser Teil des Antrages des Landbundes und das ganze Gesetz fanden dann Annahme.

Am 28. Juli soll nun endgültig der Landtag geschlossen werden. So beschloß der Ausschuss der Landtagsverwaltung in seiner letzten Sitzung, daß noch eine Anzahl kleinerer Gesetze sowie der 4. Nachtrag und verschiedene Gesetze und Verordnungen zu erledigen sind, haben die Ausschüsse des Landtages in den letzten Tagen mit Eifer gearbeitet. Einige Anträge, welche von bürgerlichen Parteien eingebracht worden sind, werden auch zu politischer Aussprache noch Gelegenheit haben.

Die Sommerferien, über welche wir bereits berichtet haben, wurden am Sonntag abend vom Rechtsplegeausschuss mit allen gegen die Stimmen der zwei Landbundesvertreter und eines Zentrumsvorredners in der Form gutgeheißen, daß bezüglich des Brennverbotes § 1 angefaßt wurde: „Anreife Fallobst und Kreter fallen nicht unter das Verbot.“ Die Sozialdemokratie hatte gegen diesen Punkt gestimmt, weil der Begriff: Anreife Obst für manche Obstbauern sehr — dehnbar ist. Bei der Verwendung von Brennribsen braucht die Genehmigung des Bezirksamtes nicht eingeholt zu werden; dieses kann auch weitere Ausnahmen zulassen. Ferner wurde noch der sozialdemokratische Antrag, die Geldstrafen anstatt auf 10 000 M auf 100 000 M festzusetzen, einstimmig angenommen. Außerdem beschloß der Ausschuss noch die folgende Resolution: Der Landtag wolle beschließen, daß die badische Regierung bei der Reichsregierung mit Nachdruck auf ein reichsgesetzliches Brennverbot hinwirkt, ferner daß die Verträge zwischen Reichs- und Provinzvereinigungen abgelehnt, daß man bei der Reichsregierung erneut wegen Verbilligung der Frachttarife für Frischgemüse und Obst, das auf Grund von Lieferungsverträgen zu befördern ist, vorkommt und endlich, daß die Handelsverträge für Obst- und Gemüsehandel eingeleitet und insbesondere untaugliche Elemente aus dem Handel entfernt werden.

Deutscher Reichstag

Das Amnestiegesetz

Der Gesetzentwurf, der die Regierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anordnung des Reichsdirigistates und mit Zustimmung des Reichsrates die Eingangsabgabe zu erhöhen, herabzusetzen oder neue Abgaben einzuführen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen; dazu

eine Bestimmung, daß nach dem Reichstag ein Ausschuss des Reichstages gehört werden soll.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen stimmt das Haus in zweiter und dritter Lesung der Streichung der in dem Etat eingestellten Sätze für sachliche Ausgaben der Heimatfürsorge, Förderung des Nachrichtenwesens im Innern und Nachrichten- und dritter Lesung zu, wie es der Reichstag verlangt. Der Reichstag beschließt jedoch, daß durch einen Nachtragsetat die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

zweite Beratung des Amnestiegesetzes.

Nach den Ausschussbeschlüssen soll sich die Amnestie auf Personen erstrecken, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich teilgenommen haben oder die von den 1921 errichteten außerordentlichen Sondergerichten verurteilt sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Habgier, Eigennutz oder sonstige unpolitische Beweggründe beruhen.

Abg. Schmidt-Meiß (Soz.) verlangt Ausdehnung der Amnestie auf die bis 1918 zurückliegenden Straftaten und vor allem Anwendung auf Bayern, wo die milde Behandlung des gestrichelten Eisenmörders Arco im Gegensatz zu der brutalen Brandstiftung des Dietrichs Keller geradezu eine Kulturkatastrophe sei. Redner verlangt ferner Einbeziehung der Eisenbahner, dagegen strengsten Ausschluß der Kappisten und der Personen, die sich monarchistischer Verbrechen schuldig gemacht haben.

Reichsjustizminister Dr. Kubuschke: Die Amnestie mußte auf die Zeit bis 4. August 1920 beschränkt werden, weil die früheren Taten der Kappisten unter die Amnestie fallen. Das Jahr 1922 ist ausgenommen worden, weil sonst auch die Attentate gegen Erzberger, Scheidemann und Rathenau darunter gefallen wären.

Reichsverkehrsminister Grüner erklärt sich mit der Ausschussentscheidung einverstanden, daß die Eisenbahnverwaltung bei der Handhabung der Disziplinarverordnungen gegen die am Eisenbahnerdienst beteiligten Beamten die äußerste Milde walten läßt. Er will auch, wo bereits Entlassungen erfolgt sind, dem Reichspräsidenten die Wieder Einstellung im Gnadenwege empfehlen, kann aber eine Amnestie auf die Straftaten beim Eisenbahnerdienst nicht zustimmen.

Abg. Bell (Ztr.) tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Der Eisenbahnerdienst hat mit dem Schutz der Republik geadelt zu tun gehabt.

Abg. Leubauer (D. Vp.) lehnt die Vorlage ab. Eine allgemeine Amnestie wäre ein Freibrief für künftige hochverräterische Unternehmungen.

Abg. Barth (D. Vp.) wendet sich grundsätzlich gegen die Amnestie; sollte die Vorlage aber angenommen werden, so müßte die Frist bis 4. August 1920 getilgt werden, damit auch die Führer des Kapp-Putsch unter die Amnestie fallen.

Abg. Schöning (Dem.) will trotz mancher Bedenken der Vorlage zustimmen. Redner weist dann unter Hinweis auf die Rechte der Linken die Verträge der Gewerkschaften zurück, das Parlament zu beeinflussen.

Abg. Dr. Nolensfeld (USP) verlangt weitere umfangreiche Ausdehnung der Amnestie, um die Sünden der Massenjustiz wieder gutzumachen.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) sieht in einer allgemeinen Amnestie etwas Bedenkliches und wenn sie auf die Rechtsbeugung anderer Länder übergriffe, so muß dies schon aus rechtlichen Gründen abgelehnt werden.

Abg. Söllner (Komm.) sucht unter Hinweis auf verschiedene Fälle von Massenjustiz die Notwendigkeit einer allgemeinen Amnestie bis 1919 zu beweisen.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt und die einzelnen Paragraphen in der Ausschussfassung angenommen; ebenso die Entschädigung, Milde gegen die Eisenbahner walten lassen. Auch das Arbeitsnachweisgesetz wird dann in drei Lesungen mit unversändlichen Änderungen angenommen.

Morgen nachm. 3 Uhr: Kleine Vorlagen, darunter Kollege der Presse.

Der Steueransatz des Reichstages erlebte am Mittwoch die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Grundsteuersteuergesetzes. Von bürgerlicher Seite waren eine ganze Reihe Anträge gestellt worden, die eine weitere Ausdehnung der Befreiungsvorschriften bei Schenkungen wünschten. Ein Antrag der Demokraten, Zuwendungen an politische Parteien von der Abgabe zu befreien, wurde abgelehnt; Annahme fand ein Antrag des Zentrums, nach dem Zuwendungen an politische Parteien bis zu einem Betrage von 5000 M steuerfrei bleiben sollen, alle Beträge aber, die darüber hinausgehen, mit 5 v. H. zur Steuer herangezogen werden.

Das Beamten-Disziplinargesetz

Berlin, 12. Juli. Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde heute der Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik beraten. Angenommen wurde eine von der Reichsregierung vorgeschlagene Fassung, in der es heißt: „Jeder Reichsbeamte ist auf die Wahrung der Republik und auf die gewissenhafte Erfüllung aller Pflichten verpflichtet. Wird die Eidesleistung verweigert, so ist die Vernehmung des Beamten in seinem Reichsverhältnis zum Reich nichtig. Nach längerer Aussprache wurde auch ein in das Reichsbeamtengesetz neu eingefügter § 10 a in folgender Fassung angenommen: „Der Reichsbeamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten. Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht vereinbar ist. Insbesondere ist ihm untersagt: 1. sein Amt, oder die ihm kraft seiner Stellung zugewiesenen Einrichtungen für Bestrebungen zur Abänderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu missbrauchen, 2. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Ausnutzung seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, die Reichsregierung oder über die verfassungsmäßige Regierung des Reichs oder eines Landes zur Beförderung der Missachtung Meinungen herabzusetzen, 3. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Ausnutzung seiner amtlichen Stellung auf die ihm unterstellten oder zugewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter, Lehrlinge oder Schüler im Sinne einer Herabsetzung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierung des Reichs oder eines Landes einzutreten, 4. solche Handlungen nach Nr. 1 bis 3 der vorgedachten Art bei dienstlich unterstellten Personen zu dulden.“ Die Annahme dieses Paragraphen kam auch mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei zustande.

Stromung
Die Frau im
Disziplinieren
mit Japsuzufutun neupro!
KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN A.N.

Millionen
haarschwarzer
senioren sind schon
grün und weißer sind
unüberwindlich!

Ata Henkel's Pulv. und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie unentbehrlich.

Tutz mit Ata Topf und Herd Weils den schönsten Glanz bescheert!

HENKEL & CO., DUSSELDORF.

Wassersport-Verein Karlsruhe

Mitglied des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes.

Sonntag, den 16. Juli, nachmitt. 1/2 Uhr, im Stadt-Sonnenbad am Rheinhafen (bei ungünstiger Witterung i. Vierordtbad)

große Schwimm-Wettkämpfe

Staffelschwimmen, Springen, Tauchen

Städte-Wasserballspiele

Stuttgart-Karlsruhe Speyer-Ludwigshafen

Eintritt: Sitzplatz Mk. 10.-, Stehplatz Mk. 5.-, Schüler Mk. 2.50.

Vorverkauf: Sporthaus Freundlieb und Sportbeler.

Abends 1/8 Uhr im Saale der „Drei Linden“, Mühlburg

Abend-Unterhaltung mit Tanz.

f. C. Mühlburg

Am Sonntag, den 16. Juli 1922, nachmittags 1/2 Uhr, im Sägereihaus

Garten-Fest

verbunden mit Preisfesten und Preisfischen

Beginn d. Preisfesten Samstag, 15. Juli 1922, abends 6 Uhr. Eintritt ist nur Mitgliedern gestattet und werden einige vergünstigte Stunden in Aussicht gestellt. 4384

Berein f. Homöopathie u. Naturheilkunde Durlach

Sonntags, den 16. Juli 1922 nachmittags 3 Uhr, findet im Garten „Zur guten Quelle“

Großes Garten-Fest mit Kinderbelustigungen

Musik, Gesang u. anschließendem Tanz

NB. Die Mitglieder werden gebeten, für Ihre Kinder (unter 14 Jahren) Kassetten mitzubringen.

Bei ungünstiger Witterung später.

Wir suchen je eine zuverlässige

Zeitungs-Trägerin

für die Mittelstadt und Weststadt.

Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Geschäftsstelle des „Volksfreund“

Zuifensstraße 24.

Rastatter Anzeigen.

Paul Mühlenhaupt

Delikatessen und Lebensmittel

Kapellenstr. 3 Rastatt Telefon 526

Große Auswahl in

Nord- und süddeutschen Würstwaren

Aufschnitt - Eier - Butter - Käse

Fischmarinaden

Wein - Cognak - Liköre

Tee - Kakao - Kaffee - Kekse

Bismarck u. Roggenbrot

Feinste Kor Kekse - Neue Matjesheringe.

Bin verrest

von Freitag, den 14. bis einschl. Dienstag, den 25. Juli

Augenarzt Dr. Dorff, Rastatt

Meine Vertretung übernimmt Dr. Bayer, Baden-Baden, Augustaplatz 2.

Tages-Ordnung

über am Dienstag, den 18. Juli 1922, vormittags 8 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfinden

Bezirksrats-Sitzung.

1. Wirtschaftsgesunde Karlsruhe-Stadt. Karl Wilhelm Schilling, Verlegung von „zum Dragoon“ (Landsitz 9, nach Kronenstr. 46 „zum Ritter“; desgl. Heinrich Riß, Verlegung von „zum Ritter“, Kronenstr. 46 nach „zum Weierhof“ (Landsitz 10; Eise Bechtel, Realgymnasialstraße „zur goldenen Krone“ in Ruppurr; desgl. Ludwig Weitenfelder „zum Landfried“; Wilhelm Eidenmann, Schanzenstraße mit Brauereibau „zum Falken“ (Landsitz 49; Albert Segel, Schanzenstraße „zum Freiburger Hof“, Kronenstr. 19; Johanna Westoff, Schanzenstraße „zum Schützen“, Wislandstr. 32. 2. Wirtschaftsgesunde Karlsruhe-Land. Robert Wilhelm Kauf, Schanzenstraße mit Brauereibau „zur Krone“ in Leopoldsdorf. 3. Reichsbauamt Karlsruhe, wasserpolizeil. Genehmigung zur Erstellung eines Dienstwohngebäudes beim Jollant Maxstr. 4. Aenderung der bezirkspol. Vorschrift vom 6. Mai 1920, die Kaminreinigung betr. 5. Aufhebung der Straßen- und Baufluchten der Kobernstraße. 6. Vogel u. Schumann Karlsruhe, Errichtung einer Weiserei Ede Lager- und Gärwinklerstraße. 7. Bahnhofsneubau vorm. Gaid u. Neu A.G., Erweiterung der Viehweilstraße Marienstraße 7-16. 8. Feststellung der Straßen- und Baufluchten für das Industriegebiet bei der Maschinenbaugesellschaft hier 9. Wappkummulierung an der Neustadtstraße. 10. Rosenfeld u. Co. hier, Erweiterung des Güterverkehrs an der Neustadtstraße. 11. Besondere Tafel Burger hier gegen eine Baupolizei. 12. Geschäftsbetrieb des Vermittlers Franz Maner hier betr. 13. Fleischer u. Co., Lumpenlagerung Nordstraße 37 a. 14. Hofes Weidmann, Lumpenlagerung Nordstraße 37 a. 15. Anton Berner hier, Beschwerde gegen Verlegung des Erlaubnisbescheins G. Karlsruhe, den 12. Juli 1922. D. 3. 88

Fundstücken betr.

Im Monat Juni 1922 wurden folgende Gegenstände an dem Fundbüro abgeliefert:

1 silberne Kette, 1 Halskette, 1 Silberarmband mit Stein, 1 Stahluhr, 1 silberne Nadel, 1 silberne Brosche, 1 Taschenuhr mit Goldband und Kette, 1 Manschettenknopf, 1 Ehering, 1 Anker, 1 silbernes Kettenarmband mit Anhänger, 1 Halskette mit Anhänger, 1 silberne Brosche, 1 Spindel, 1 silberne Herrenuhr mit Anhänger, 1 silberne Damenuhr mit Kette, 1 Armbandsuhr, 1 Silberarmband, 1 Brosche mit Bild (2 Kinder), 1 Porzellanbild, 1 Herrenfaschende mit Kette, 1 silb. Kassetten, 1 Ring, 1 Herrenring mit Aufschrift, 1 Reißer, 1 Kinderarmband, 1 Sandale, 1 Taschenuhr, 1 weißes Kinderhütchen aus Stoff, 1 Perlenhandschale, 1 Sanddäsechen mit 23 M., 1 Wand und Garn, 1 Paket mit Stoff, 1 Laterne für Kraftwagen, 1 Golländerwagen für 2 Personen, 1 Autoluchel, 1 Brustbeutel mit 23 M., 1 K. v. Kinderstiefel, 1 Autolederhandschuh mit 14 M., 1 graue Kinderhülle, 1 braunes Taschenuhr mit Anker, 1 Dienenschwarz, 1 Kasse, 1 Armbandsuhr, 1 Silberarmband, 1 Brosche für Herren, 1 Handseifen, 1 Paket Drahtschneidmesser, 1 Handseifen, 1 Paket Drahtschneidmesser, 1 Hammer und Teil einer Zange, 1 Hammer, 1 Zange, 1 Zange, 1 weißes Taschenuhr, 1 Hut, 1 Strohhut, 1 Kriegsbrennmaschine mit Band, 1 weißes Kinderwagenende, 1 Kinderleibchen, 1 Taschenuhr, 1 Damenstrophut, Knöpfe, Korbel und Spizen, 1 Haarspanne, 1 Avider, 1 Schürze, 1 schwarze Tuchhandschale mit 63 M., 1 gestreifte Kinderarmuhr, 1 Mütze, 1 weißer Strohhut, 1 Wiener-schwarz, 2 Pakete Streichhölzer, schwarze Damenhandschuh, 1 zweifarbiger Handwagen, 1 Emailschale mit der Aufschrift „Deffentliche Sprechstelle“, 1 Kinderstiefel, 1 schwarze Briefmappe, 1 Brille, 1 Herrenbedehofe, 1 Haarpfeil, 1 Säge für Mehler, 1 Schreibzeugmappen, 1 Lederhandschale, 1 Hundehalsband, 1 Rasiermesser, 1 brauner Damenhandschuh, 1 Paar schwarze Damenhandschuh, 1 Spatierholz, 1 Perlenstrophut, 1 rotenhänder, 1 Dolch, 1 Telefonschüssel, 1 Notizbuch mit Inhalt, Schlüsselbünde, Hunde, welche im Hundezwinger (Schlachthausstraße) untergebracht sind, Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld 30 M., 25 M., 75 M., 50 M., 20 M., 20 M., 20 M., 10 M., 15 M., 7 M., 1 fünfzig schwedischer Kronenstücken, 22 M., 38 M., 10 M., 50 M., 30 M.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 6 des Bezirksamtsgebäudes abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadteigende über.

1320

Karlsruhe, den 7. Juli 1922. D. 3. 87

Bezirksamt - Polizeidirektion.

Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Automobilmechaniker

sowie Motorenschlosser

selbständige, zuverlässige Kräfte, per sofort gesucht

Automobilhaus P. Eberhardt,

Amalienstraße 57.

Zum sofortigen Eintritt gesucht:

3-5 tüchtige jüngere Schlosser

für dauernde Beschäftigung.

Herdfabrik E. Koepfer,

Karl Schreifers Nachf., Gerrenstr. 44.

Baden-Baden.

Notstandsmaßnahmen für Rentempänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung

Wir machen die Empfänger von Renten aus der Invaliden- und der Angestelltenversicherung unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom März d. J. darauf aufmerksam, daß durch Ergänzungsgesetz vom 21. April d. J. die Grenze für das Gesamtjahreseinkommen für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente von bisher 2100 M. auf 3300 M. und einer Witwenrente von bisher 1200 M. auf 2000 M. erhöht worden ist. Rentempänger, bei denen diese durch das Ergänzungsgesetz veränderten Einkommensgrenzen zutreffen, seien wir anheim, entsprechende Anträge bei uns (Amtshaus, Zimmer 1), beim bei der Stadtkanzlei Baden-Nichtental zu stellen.

1310

Gürtleramt.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund“

STADTGARTEN

Sonntag, 16. Juli 1922, nachmittags von 4 bis 6 Uhr

Großes Konzert ausgeführt vom Musikverein Harmonie Karlsruhe in Verbindung mit dem Musikverein Kehl am Rhein (in Heimatsrecht - Hanauer Land) und dem Musik-Verein Muggensturm. - Abends von 8-11 Uhr

KONZERT der Harmonie-Kapelle. Leitung: H. Rudolph

Bezahlte Beleuchtung des Sees und der Anlagen

Eintritt: Nachmittags und abends je 3 Mark Abonnenten, je 7 Mark Nichtabonnenten, Kinder je die Hälfte (einschließlich Lustbarkeitssteuer). Vorverkauf: Verkaufsvorrede, Kiosk am Hotel Germania und Stadtgarten-Schalterkassen. - Bei schlechtem Wetter beide Konzerte in der Festhalle. See-Beleuchtung ausfallend

WELT-KINO, Kaiserstr. 133.

Edie Polo 1. Teil Edie Polo

Der geheimnisvolle Dolch.

„Volkschor“ Karlsruhe-West.

Wir erfüllen hiermit die betrübende Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben des lieben Mitgliedes und Sangesbruders

Franz Babian

Blechner

im Alter von 45 Jahren geizemend in Kenntnis zu setzen.

Karlsruhe, den 14. Juli 1922.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Samstag, 15. Juli, nachm. 5 Uhr von dem Mühlburger Friedhof aus statt.

Die Herren Säger treffen sich um 1/5 Uhr in der Restauration z. „Stadt Karlsruhe“.

Zahlreiche Beteiligung Ehrensache.

Städt. Konzerthaus

Leitung: Direktor Adalbert Steffler.

Heute Freitag abends 7 1/2 Uhr

Vorstellung für Verein „Volksbühne“

Alt Wien.

Morgen Samstag abends 7 1/2 Uhr

Apachen.

Sonntag, den 16. Juli, nachmittags 3 1/2, und abends 7 1/2 Uhr

Apachen.

Publikum-Klub Frankonia

E.V. Gegr. 1895, Tel. 5581.

Geschäftsstelle: Kronenstr. 13

Sonntag, 15. Juli, punkt 8 Uhr abends halbjährliche

General-Versammlung.

Da wichtige Tagesordnung, Ersuchen Ehrenmänner.

Sonntag, den 16. Juli abends 7 Uhr im „Burgtheater“

Halbjährliches - Schlußfeier mit Tanz.

Hierzu laden wir unsere verehrten Mitglieder und Gönner des Vereins freundlichst ein.

Der Vorstand.

Bucherer empfiehlt

Häfer-Kakao

mit Zucker

in 1/2 Pf.-Dosen

Bucherer

in sämtlichen Filialen

Schlafzimmer-Bilder

preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen, Schlafers Ausb. d. Kaiserstraße 38.

Gaggenau.

Zum 1. August d. J. werden

3 Zeitungsträgerinnen

für die Zeitung des „Volksfreund“ in Gaggenau gesucht.

Bewerberinnen sind an Herrn Josef Dillig, Badstr. 8 in Gaggenau zu richten.

Verlag des Volksfreund

Geit & Co.

Haarspangen Pfeile und Kämmen

werden repariert und neu aufpoliert bei

H. Bieler

Kaiserstr. 223

zwischen Douglas- und Hirschstrasse

Bad. Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Hebung 21. Juli 1922

37000

20000

Lose 2.40 M., Paris u. Liste extra 1.40 M. (Einschreibungsgebühr)

J. Stürmer

Mannheim, O 7, 11 und alle Lotteriestellen

Höchste Preise!

getr. Meider, Schuhe, Wäsche, Uniformen etc. gibt's hier

Metzger, Effenwein

Kaiserstr. 32 II.

Telefon 3880.

! Diwans !

! Chaiselongues !

neue, prima Ware, billig

Metzger, Effenwein

Kaiserstr. 32 II.

Telefon 3880.

Ungeziefer

aller Art vertilgt

U.-V.-A. Fr. Springer

Markgrafenstr. 52

Telephon 3263.

Bucherer empfiehlt

Häfer-Kakao

mit Zucker

in 1/2 Pf.-Dosen

Bucherer

in sämtlichen Filialen

Schlafzimmer-Bilder

preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen, Schlafers Ausb. d. Kaiserstraße 38.

Gaggenau.

Zum 1. August d. J. werden

3 Zeitungsträgerinnen

für die Zeitung des „Volksfreund“ in Gaggenau gesucht.

Bewerberinnen sind an Herrn Josef Dillig, Badstr. 8 in Gaggenau zu richten.

Verlag des Volksfreund

Geit & Co.